



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Kritik am Ökoland Nummer eins in Deutschland ist absurd – Verbraucher entscheiden über Zuwachs bei Bio, nicht der Staat

5. Dezember 2024

(5. Dezember 2024) München – Die Kritik von Grünen, ÖDP und Bund Naturschutz Bayern (BN) beim Thema Ökolandbau wies Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber entschieden zurück. „Es ist absurd, dass diese Verbände ausgerechnet das beim Ökolandbau erfolgreichste deutsche Bundesland kritisieren. Bayern ist bei Betrieben, Fläche und Verarbeitern Ökoland Nummer eins und wir haben die in Deutschland höchstmögliche Förderung für den Ökolandbau. Zur Wahrheit gehört eben auch, dass laut Bayerischem Agrarbericht in den letzten beiden Jahren der Anteil staatlicher Zahlungen am Gewinn der Ökobetriebe bei 65 Prozent lag. Bei der Gruppe vergleichbarer konventionell wirtschaftender Betriebe lag dieser Anteil bei 42 Prozent. Wir unterstützen die Biobetriebe somit nachweislich schon jetzt über alle Maßen. Wir haben darüber hinaus mit unserem Aktionsprogramm BioRegio2030 auch den umfassendsten Unterstützungsansatz für die gesamte Bio-Branche in Bayern, den es je gegeben hat. Das wird von der Bio-Branche auch anerkannt und geschätzt. Mit der Landesvereinigung für den Öko-Landbau sind wir darüber im laufenden Austausch.“ Sie erinnerte auch daran, dass es der grüne Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir war, der die Mittel für den Ökolandbau gekürzt habe.

Kaniber warnte einmal mehr davor, den Biomarkt an den Verbrauchern vorbei zu entwickeln. „In erster Linie entscheiden die Verbraucher beim Einkauf, ob es eine Nachfrage nach Bio-Produkten gibt. Wir leben hier nicht in einer Planwirtschaft, in der die Politik entscheidet, was produziert und was die Leute einzukaufen haben. Wir treiben unsere Landwirte nicht in eine Umstellung, wenn es dann für ihre Produkte keinen Absatz gibt. Dieser Ansatz von realitätsferner Wirtschaftspolitik ist mit der Ampel in Berlin gerade krachend gescheitert.“

Auch die Kritik des BN, dass Bayern kleinbäuerliche Strukturen nicht ausreichen fördere, sei „lebensfremd“. „Das ausgerechnet der Regierung des Bundeslandes zu unterstellen, das mit seinem Bayerischen Weg genau die kleinen Familienbetriebe unterstützt und bis heute erhalten hat, die sich die Gesellschaft wünscht, ist schlicht Realitätsverweigerung. Ich habe bei der aktuellen EU-Agrarpolitik erfolgreich für die stärkere Förderung der kleinen Betriebe gekämpft. Eine Deckelung der EU-Direktzahlungen bei großen Betrieben ist dann unter anderem an den grünen Agrarministerin in Deutschland gescheitert.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

